

Massive Rufschädigung

Aussagen der Regierungsvertreter stellen den heimischen Lebensmittelhandel unter den Verdacht der „Gierflation“. Das ist rufschädigend und irreführend.

Gastkommentar

••• Von Rainer Will,
Geschäftsführer Handelsverband

WIEN. Die heimischen Lebensmitteleinzelhändler appellieren unter dem Dach des Handelsverbandes an die Bundesregierung, bei der aktuellen Preisdiskussion Ursache und Wirkung nicht zu verwechseln.

In Österreich wird zurzeit intensiv über die Entwicklung der Lebensmittelpreise diskutiert. Zuletzt ist dabei – unfairerweise und entgegen allen Fakten – der Lebensmitteleinzelhandel (LEH) ins Visier der Bundesregierung geraten. Mit großer Verwunderung und Irritation hat die Branche etwa den letzten Auftritt der Klubchefin der Grünen in der ORF-Pressesendung wahrgenommen, bei dem der Lebensmitteleinzelhandel de facto als alleiniger Verursacher der Teuerung hingestellt wurde.

Irreführung und Rufschädigung

Derart rufschädigende und irreführende Kommentare können wir nicht länger hinnehmen. Das Narrativ, wonach der Lebensmitteleinzelhandel der große Profiteur der hohen Inflation sei, stimmt nicht. Allen



© APA/Heinrich Fohringer

Händlern, den Nahversorgern der Bevölkerung, geht es gleich wie den Haushalten im Land. Die Kostenlawine überrollt uns und wirksame Lösungen gegen die Verursacher wurden nicht gesetzt. Stattdessen wird Ursache mit Wirkung vertauscht. Keine einzige Studie zeigt, dass sich der Handel an der Inflation ein Zubrot verdient, vielmehr ist

das Gegenteil der Fall. Die Preiserhöhungen im Handel sind ausschließlich kostengetrieben. Ein wichtiger Hebel, um die Preise mittelfristig zu senken, wäre daher ein treffsicherer Energiekostenzuschuss, von dem nicht nur die Industrie profitiert.

Energiekosten offen

Aufgrund der Tatsache, dass die heimischen Handelsbetriebe – darunter 1.600 selbstständige Kaufleute – bisher komplett auf ihren massiv gestiegenen Energiekosten sitzenbleiben, wird es ohne rasche Hilfe bis Jahresende in bis zu 1.000 österreichischen Orten keinen Nahversorger mehr geben. Hier ist die Bundesregierung gefordert, mit dem versprochenen EKZ 2 gegenzusteuern. Darüber hinaus appellieren wir an die Politik, dringend Reformen im Bereich Arbeitsmarkt umzusetzen, damit der krisenfeste Versorger und Jobmotor Handel seiner Rolle weiterhin in allen Regionen Österreichs gerecht werden kann. Der Handlungsbedarf ist überfällig.

Die abgedruckten Gastkommentare geben ausschließlich die Meinung des Verfassers wieder. Wir behalten uns das Recht auf Kürzung vor.



| Mit wenigen Klicks zur passenden Partner-Agentur

Offener Brief der Lebensmittelhändler an die Regierung

Protestaktion gegen die Angriffe der Politik und das vermittelte Bild, der Handel würde sich bereichern.

WIEN. Der LEH steht am Pranger. Vorgeführt wird er von der Regierung und den abgehaltenen Preisgipfeln. Dabei wird die „Gierflation“ auch händlerseitig festgemacht, Maßnahmen, etwa eine Stärkung der Kompetenzen der Bundeswettbewerbsbehörde, erwogen.

Ein Interview von Sigrid Maurer, Obfrau der Grünen, in der ORF-Pressesendung brachte das Fass zum Überlaufen – der Überlauf goss sich infolge in einen offenen Brief aller Händler an die Regierung. Insbesondere

re wird darin kritisiert, so zu tun, als hätte sich der Lebensmitteleinzelhandel bereichert, während die gesamte restliche Wertschöpfungskette völlig außer Acht gelassen wird.

Denn trotz der zuletzt gesunkenen Produktionskosten haben die (globalen) Lebensmittelproduzenten ihre Preise vielfach noch nicht bzw. nicht signifikant gesenkt, vielfach sogar erneut erhöht. Dessen ungeachtet hat der LEH im Sinne der Endverbraucher zahlreiche Preise schon deutlich reduziert. (red)



© Handelsverband

Geschlossenheit demonstriert: Handelsvertreter gegen Vorwurf der Bereicherung.